

GEMEINDE EGELSBACH



Beschlussvorlage

Drucksache VL-168/2022

Finanzen & Innere Dienste

BGM Bürgermeister

Tobias Wilbrand

Datum: 02.12.2022

1. Gemeindevorstand	06.12.2022
2. Gemeindevertretung	07.12.2022

2. Änderung zum Haushaltsplan 2023: Sperrvermerk Rathausanbau

Beschlussvorschlag:

1. Auf die Investitionsnummer I 0102014 Rathaus Anbau wird ein Sperrvermerk gelegt.
2. Der Gemeindevorstand wird beauftragt, bis zur letzten Sitzungsrunde vor den Sommerferien 2023 ein Konzept vorzulegen, in dem der aktuelle und der zukünftige Raumbedarf dargestellt und begründet wird. Darüber hinaus wird eine detaillierte Kostenaufstellung inkl. Wirtschaftlichkeitsanalyse im Vergleich zum Status quo vorgelegt. Die Gemeindevertretung entscheidet nach der Vorlage des Konzepts inkl. Wirtschaftlichkeitsanalyse darüber, ob der Sperrvermerk aufzuheben ist.

Finanzielle Auswirkungen:

Mögliche Kosten für externe Beratung bei der Erstellung des Konzept sind durch das Budget Beratungsleistungen im Fachdienst Bauen & Umwelt gedeckt.

Vergaberechtliche Prüfung:

Keine

Erläuterungen:

Die im Haushalt bisher für den Anbau an das Rathaus eingestellte Summe ist bisher eine erste Grobkalkulation, die in der Folge konkretisiert werden sollte. Die beteiligten Fachdienste Finanzen, Personal, Bürgerbüro und Bauen & Umwelt waren davon ausgegangen, dass die Vorteile eines solchen Projektes leicht nachvollziehbar sind, um den eingestellten Betrag zur Verfügung zu stellen.

Die Diskussionen im Haupt- und Finanzausschuss haben gezeigt, dass es den beteiligten Fachdiensten bisher nicht gelungen ist, die Gemeindevertretung von der Sinnhaftigkeit des Projekts zu überzeugen. Deshalb wird der Gemeindevorstand hier ein umfangreicher ausgearbeitetes Konzept vorlegen müssen, um die Notwendigkeit und Wirtschaftlichkeit des Projekts detailliert zu begründen.

Mit Hilfe der wichtigsten Eckpunkte des Konzepts soll bereits im Vorfeld ein erster Eindruck über den aktuellen Platzbedarf vermittelt werden:

Bedarf	Ungefähre Größe in QM	Begründung
Dringender Mehrbedarf:		
Gemeindearchiv	80	Das Archiv im Gemeindenkeller ist weder ein genehmigungsfähiger Arbeitsplatz für die gegen Aufwandsentschädigung tätigten Archivare, noch ist das Archiv in Räumen, in denen Wasserleitung über Putz verlaufen, gut aufgehoben. Zum Schutz des Archives und aus arbeitsrechtlichen Gründen muss ein neuer Raum geschaffen werden.
Aufenthaltsraum für Personal	30	Arbeitsrechtlich verpflichtend ist für eine Verwaltung ein separater Aufenthaltsraum für das Personal, zurzeit gibt einen ca. 10 qm großen Besprechungsraum im dritten Stock, der als Aufenthaltsraum definiert ist
3 x WC	60	Der neue Gebäudeteil braucht eigene WCs, nach aktuellen gesetzlichen Vorgaben müssen dabei Damen-, Herren- und Behinderten-WC entstehen
Eingangsbereich und Flure ca.	80	Für die bereits aufgeführten Flächen wäre dieser Anteil sicher noch zu reduzieren, bei einer Ergänzung um unten stehende Bereich ist eine solche Größenordnung jedoch realistisch
2 zusätzliche Arbeitsplätze	30	Für die Auszubildenden gibt es zurzeit keinen Arbeitsplatz. Dies ist arbeitsrechtlich eigentlich nicht möglich. Für die Auszubildenden muss zurzeit in jeder Fachabteilung erneut ein Arbeitsplatz in besetzten Büros gefunden werden. Darüber hinaus gibt es regelmäßige Prüfung des Kreises und des Regierungspräsidiums. Diese Prüfer müssen ins Trauzimmer oder in gerade aufgrund von Urlaub und/oder Krankheit freistehende Büros. In der ersten Grobrechnung gehen wir von einer Größe von ca. 15 qm pro Arbeitsplatz aus.
Technik- und Lager-räume	65	Der aktuelle Serverraum genügt nicht den IT-schutzrechtlichen Vorgaben. Bei einem Anbau ist dieser zu verlagern. Außerdem besteht Bedarf für weiteren Stauraum.
Zwischensumme	345	
Sinnvolle Mindestergänzungen:		
8 zusätzliche Arbeitsplätze	120	Die Verlagerung des Bürgerbüros zurück ins Rathaus ist aus verwaltungsorganisatorischer sinnvoll. Dafür müssen mindestens 8 Arbeitsplätze geschaffen werden. Zurzeit sind diese Flächen mit rund 20 qm pro Arbeitsplatz angemietet.
Angemessenes Trauzimmer	50	Vor allem in der Corona-Zeit hat sich herausgestellt, dass das Trauzimmer zu klein ist, um angemessen Hochzeiten zu feiern. Deshalb soll im Anbau ein neues Trauzimmer eingerichtet werden
Küche	25	Bisher verfügt das Rathaus nur über sehr kleine Teeküchen auf jedem Stockwerk. Das Aufwärmen von Mittagessen

		sen ist zurzeit nicht möglich. Auch zur Attraktivitätssteigerung als Arbeitgeber ist eine gemeinsame Küche sinnvoll.
Zwischensumme	195	
Zwischensumme dringend und sinnvoll	540	
Zukunftsplanung:		
4 zusätzliche Arbeitsplätze	60	Zur Entlastung der aktuell engen Arbeitsverhältnisse in manchen Fachdiensten und als Vorrat für eine mögliche Ausweitung des Stellenplans bei der Übernahme weiterer Aufgaben, sind mindestens 4 weitere Arbeitsplätze sinnvoll.
5 Fraktionszimmer	100	Zurzeit tagen die Fraktionen in Liegenschaften der Gemeinde über den Ort verteilt. Die Möglichkeit, einen PC einzurichten, Akten oder anderes Material zu lagern, besteht nur für die SPD und die CDU in den beiden Garagen. Hier sollte allen Fraktionen die Möglichkeit eines Fraktionszimmers gegeben werden.
Zwischensumme	160	
Gesamtsumme	700	

Diese Aufstellung begründet grob den angemeldeten Bedarf von rund 700 qm. Davon müssen ca. 345 qm auf jeden Fall geschaffen werden, entweder in dem sie gebaut werden, oder indem man sie anmietet. Weitere 195 qm sind auch aus finanzieller Sicht sinnvoll. Die finanziellen Belastungen lassen sich in der separat verschickten Excel-Datei im Detail darstellen. Weitere ca. 160 qm sind vor allem für die Entlastung aktuell dicht besetzter Büros, als Reserve für die Zukunft bzw. zur Verbesserung der politischen Arbeit angedacht.

In dem zu erarbeiteten Konzept werden auch die Themen Home-Office und shared space-Bereich geprüft. Nach aktueller Einschätzung der beteiligten Fachdienste wird dies für eine öffentliche Verwaltung deutlich schwieriger sein, als für die freie Wirtschaft. Zum einen müssen die Sprechzeiten weiterhin abgedeckt sein. Zum anderen liegen viele Unterlagen, auf die die Mitarbeitenden zurückgreifen müssen, nicht digital vor. Darüber hinaus ist zu prüfen, ob im öffentlichen Dienst das aktuelle Home-Office-Angebot in eine zumindest in Teilen Home-Office-Pflicht umgewandelt werden kann. Darüber hinaus muss erörtert werden, was dies möglicherweise für Folgen für die Suche nach Arbeitskräften hat.

Der Gemeindevorstand bittet mit dieser Vorlage um die Möglichkeit, die Sinnhaftigkeit des Projekts nachzuweisen, ohne die Option zu verlieren, die Umsetzung vor Ablauf des Mietvertrages der aktuellen Räumlichkeiten des Bürgerbüros zu realisieren.